

Einkommensungleichheit und Umverteilung: der Sog der Mitte

Pamp, Oliver

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pamp, O. (2009). Einkommensungleichheit und Umverteilung: der Sog der Mitte. *ZeS Report*, 14(1), 6-9. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-350826>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Einkommensungleichheit und Umverteilung

Der Sog der Mitte

Einleitung

Die Besteuerung und Umverteilung von Einkommen ist ein zentrales Merkmal staatlicher Tätigkeit in allen modernen, industrialisierten Demokratien (und Nicht-Demokratien). Staaten mögen sich unterscheiden in ihren Steuersystemen und wohlfahrtspolitischen Arrangements, gemein ist ihnen jedoch, dass Faktor- und letztendlich zur Verfügung stehende Einkommen der Haushalte nicht identisch sind. Umverteilungsfragen als solche unterscheiden sich in ihrer Logik von Politiken, die niemanden schlechter stellen (Pareto-Verbesserungen) oder Kompensationen von möglichen Verlierern erlauben (Kaldor-Hicks-Verbesserungen). Sie spielen eine zentrale Rolle in den meisten Politikfeldern, auch dort wo Gegenteiliges gerne postuliert wird.¹

Aus wissenschaftlicher Sicht ist Umverteilungspolitik analytisch interessanter als das Entlangschlendern an der Pareto-Grenze, da jeder Umverteilung ein inhärenter Interessengegensatz zugrunde liegt. Es ist daher kein Zufall, dass theoretische Modellbildungen in Bereichen wie Social Choice, Public Choice, der kooperativen und nicht-kooperativen Spieltheorie und der neuen Politischen Ökonomie sich vor allem auf Politik als Umverteilung von Ressourcen konzentrieren und hier ihr theoretisches Instrumentarium entwickelt haben.

Die Politik der direkten Einkommensumverteilung stand dabei seit jeher im Fokus empirischer Untersuchungen. Dies umso mehr, als ungleiche Einkommensverteilungen die zugrunde liegenden Interessengegensätze leicht fassbar machen. Die Zunahme der Einkommensungleichheit in den westlichen Industrieländern seit den 70er Jahren hat diese Gegensätze scheinbar verstärkt. Zur Frage nach der theoretischen Erklärung staatlicher Umverteilung gesellt sich somit jene nach dem Einfluss steigender Ungleichheit der Faktoreinkommen auf staatliche Politik. Führt

steigende Ungleichheit zu mehr oder weniger Umverteilung? Und in welche Richtung läuft staatliche Einkommensumverteilung?

Interessanterweise gibt es trotz der umfassenden theoretischen und empirischen Forschung der letzten 30 Jahre bis heute keinen Konsens über diese Fragen. Dies ist nicht so sehr ein Verschulden mangelnder theoretischer Proliferation als ein Problem inkonsistenter empirischer Untersuchungen aufgrund von Schwierigkeiten in den Messungen von Ungleichheit und tatsächlicher staatlicher Umverteilung. Vor diesem Hintergrund ist es Ziel dieses Beitrags, neue empirische Ergebnisse zu präsentieren, welche den Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Umverteilung beleuchten. Des Weiteren soll die Frage beantwortet werden, wer letztendlich die Gewinner und wer die Verlierer staatlicher Umverteilungspolitik sind, d.h. von wem wohin umverteilt wird. Die hier vorgestellten Analysen sind das Ergebnis gemeinsamer Forschungsarbeit mit Philipp Mohl vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim. Einige der Ergebnisse werden demnächst veröffentlicht (Mohl/Pamp 2009), andere befinden sich im Stadium fortgeschrittener Arbeitspapiere.

Von der Theorie zur Empirie und zurück

Eines der ersten Standardmodelle zur politik-ökonomischen Analyse staatlicher Einkommensumverteilung wurde von Romer (1975) und Meltzer/Richard (1981) entwickelt. Es nimmt eine direktdemokratisch gewählte Regierung an, die Steuern erhebt, um diese dann in Form von Pauschaltransfers an die Bevölkerung zurückzuverteilen. Umverteilungspolitik in dieser idealisierten Welt wird somit allein von den Präferenzen der Wähler bestimmt. Wenig überraschend ist in dieser Situation der Medianwähler pivotal. Der Grad der Besteuerung und Umverteilung entspricht seinen Präferenzen, welche wiederum von seinem relativen Einkommen abhängen. Solange das Medianeinkommen unterhalb des Durchschnittsverdienstes liegt, was empirisch so gut wie immer der Fall ist, wird dieser Wähler ein positives Maß an Besteuerung und Umverteilung wünschen. Daraus folgt, dass mit steigender Ungleichheit, also steigender Differenz zwischen Me-

dian- und Durchschnittseinkommen, der Umfang staatlicher Umverteilung zunimmt. Diese Umverteilung läuft folglich von oben nach unten ab, d. h. von jenen, deren Einkommen oberhalb des Durchschnitts liegt, zu jenen, die darunter liegen.

Der Charme dieses Modells liegt darin, dass es scheinbar erklären kann, warum historisch die Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts auf nicht-besitzende Bevölkerungsschichten mit einer Ausweitung der staatlichen Umverteilungsaktivitäten einherging. Die zweite Vorhersage, dass steigende Einkommensdifferenzen zwischen Median und Durchschnitt zu verstärkter Umverteilung von oben nach unten führen, ließ sich empirisch jedoch nicht eindeutig nachweisen. Während manche Studien einen positiven Zusammenhang finden, kommen andere zu keinerlei signifikanten Resultaten oder messen sogar eine gegenteilige Wirkungsrichtung (siehe Borck 2007 für einen Überblick).

Nicht zuletzt diese empirische Unklarheit hat zu einer Proliferation weiterer theoretischer Erklärungsversuche geführt. Beispielsweise haben Moene/Wallerstein (2001) darauf hingewiesen, dass es auch staatliche Transferzahlungen gibt, die eher einen Versicherungs- als einen Umverteilungscharakter besitzen (z. B. die Arbeitslosenunterstützung). Bei fallenden relativen Einkommen wird der Medianwähler daher weniger Transfers mit Versicherungscharakter präferieren und dafür mehr reine Umverteilungszahlungen befürworten. Welcher dieser gegenläufigen Effekte letztendlich überwiegt, hängt dabei von der relativen Risikoneigung der Individuen ab. Ist diese groß genug (>1), führt eine Zunahme von Ungleichheit zu geringeren Transferleistungen des Staates, da der negative Effekt auf die Nachfrage nach Versicherungsleistungen die positive Nachfrage nach Umverteilungszahlungen überkompensiert.

Ein weiterer Grund, weshalb steigende Ungleichheit nicht zu einer Zunahme an Umverteilung führen muss, könnte in der Hoffnung vieler Wähler begründet sein, eines Tages selbst zu der Gruppe der Besserverdienenden zu gehören (siehe Bénabou/Ok 2001) und daher eine höhere Besteuerung prinzipiell abzulehnen. Diese sozi-

¹ Beispielsweise wird in öffentlichen Debatten häufig der Eindruck erweckt, dass eine Reform der öffentlichen umlagefinanzierten Rentensysteme in Richtung kapitalgedeckter Modelle eine Pareto-Verbesserung darstellt, die keine Verlierer kennt. Dies ist jedoch ein Irrglaube; jede Rentenreform ist eine Umverteilungsreform (siehe Sinn 2000).

ale Mobilitätshypothese fand ihren plastischen Ausdruck während des vergangenen amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes, als ein Klempner („Joe the Plumber“) den Kandidaten Barack Obama auf einer Wahlkampfveranstaltung für dessen Umverteilungspläne kritisierte und dadurch landesweite mediale Aufmerksamkeit auf sich zog. Obwohl Obamas Pläne „Joe“ eigentlich zugute gekommen wären, lehnte dieser sie mit dem Hinweis darauf ab, dass er in Zukunft sein eigenes Klempnerunternehmen zu kaufen gedenke und damit zu den Besserverdienenden gehören werde.

Umverteilung könnte theoretisch auch von unteren und oberen Einkommensgruppen zur Mittelschicht hin stattfinden. Diese Hypothese, „Director’s Law“ genannt, lässt sich beispielsweise mit der pivotalen Rolle der Mittelschicht im Parteienwettbewerb erklären. So entwickeln Dixit/Londregan (1998) ein einfaches Modell einer repräsentativen Demokratie, in der sich die Parteien in ihren Wahlprogrammen auf die Mittelschicht konzentrieren. Wegen deren größeren politischen Mobilität ist es attraktiv, Umverteilungsprogramme auf Kosten hoher und niedriger Einkommensgruppen vorzuschlagen und zu implementieren, welche dann den mittleren Einkommensgruppen zu Gute kommen.

Die Annahme direkt-demokratischer Präferenzaggregation ist analytisch oft hilfreich, vernachlässigt aber den Einfluss politischer Institutionen auf staatliche Umverteilung. Interessanterweise ist die Forschung hier noch deutlich unterentwickelt. Eine große Anzahl von Autoren analysiert zwar beispielsweise die Wirkung von Wahlinstitutionen und parlamentarischen Regimetypern auf Transferzahlungen, aber die direkte Rolle von Ungleichheitsdynamiken wird zumeist nicht mitbetrachtet. So zeigen Persson/Tabellini (2003), dass, komparativ-statisch gesehen, Länder mit Mehrheitswahlrecht weniger für Umverteilung aufwenden als jene mit proportionalem Wahlrecht. Der Einfluss von Einkommensungleichheit wird dabei jedoch ebenso wenig betrachtet, wie bei Iversen/Soskice (2006), die zu einem ähnlichen Schluss kommen. Sie behaupten jedoch, dass Länder mit proportionalem System deshalb stärker umverteilen, weil in solchen Systemen linke Parteien einen koalitionsstrategischen Vorteil hätten und letztendlich die Parteienpräferenz für das Maß an Einkommensumverteilung entscheidend sei.

Neue Daten, neue Indikatoren

Dieser theoretische Überblick ist nur exemplarisch. Es existieren eine große Anzahl weiterer Modelle und ebenso viele empirische Studien, welche jedoch bisher kaum Klarheit in den theoretischen Dschungel zu bringen vermochten. Die Uneindeutigkeit der bisherigen quantitativen Tests hat mehrere Gründe: 1.) bis vor wenigen Jahren gab es kaum international vergleichbare Daten zu Einkommensverteilungen²; 2.) oft wurde nicht ausreichend zwischen Netto- und Faktoreinkommen unterschieden; 3.) Kausalitätsproblemen ist nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden; 4.) ausgabenbasierte Variablen wie z. B. Sozialtransfers können den tatsächlichen Grad der Umverteilung nicht ausreichend abbilden; 5.) Gini-Koeffizienten allein könnten Ungleichheitsentwicklungen in verschiedenen Bereichen der Einkommensverteilung möglicherweise nicht adäquat wiedergeben.

Die hier vorgestellten empirischen Untersuchungen versuchen, einen Teil dieser Probleme zu entschärfen. Als Grundlage dienen die Daten der Luxembourg Income Study (LIS; www.lisproject.org), welche nationale Haushaltssurveys harmonisiert und ca. alle 5 Jahre neue Daten veröffentlicht. Um Kausalitätsprobleme zu mildern, haben wir Ungleichheit in Faktoreinkommen gemessen und die resultierenden Ungleichheitsvariablen um eine Periode verzögert in die Schätzgleichung aufgenommen. Als Indikatoren für Ungleichheit nutzen wir nicht nur den Gini-Koeffizienten, sondern auch die Einkommensrelation zwischen den obersten 10 Prozent und dem fünften Dezil (also der Mitte) der Verteilung (P90/50). Analog dazu bilden wir eine Variable, welche den Einkommensunterschied zwischen der Mitte und den untersten 10 Prozent misst (P50/10). Um schließlich ein Maß für tatsächlich stattfindende Umverteilung zu kreieren, nutzen wir die Tatsache, dass die LIS sowohl Daten zu Faktor- als auch verfügbarem Einkommen zur Verfügung stellt. Die Differenz aus diesen beiden Einkommensarten, hier „Sharegain“ genannt, ist ein guter quantitativer Indikator staatlicher Umverteilungspolitik. Der Vorteil dieser

² Die Daten von Deiniger/Squirre (1996) und UNU-Wider (2005) sind sehr disparat und scheinen zwischen den Ländern nur schwer vergleichbar, selbst wenn man nur die hochqualitativen Datenpunkte einbezieht.

Variable gegenüber anderen Maßen ist, dass sie nicht nur direkte Sozialtransfers beinhaltet, sondern auch die Umverteilungswirkungen des Steuersystems erfasst. Darüber hinaus lässt sich der Grad der Umverteilung für einzelne Dezile in der Einkommensverteilung aufschlüsseln.

Die quantitative Analyse basiert auf einem Panel von insgesamt 23 Ländern für den Zeitraum von 1971-2005. Dabei wurden sieben 5-Jahres-Durchschnitte gebildet, um konjunkturbedingte Effekte zu verringern, politischen Verzögerungswirkungen von relativen Einkommensänderungen Rechnung zu tragen und die Vergleichbarkeit mit bestehenden Studien zu erleichtern. Neben den Umverteilungs- und Ungleichheitsvariablen wurden eine Reihe ökonomischer und politischer Kontrollvariablen eingeführt, welche sich aus den einschlägigen existierenden Theorien ableiten. So haben wir das reale BIP-Wachstum, die standardisierte Arbeitslosenquote und den Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in die Analysen miteinbezogen. Mit Blick auf politische und institutionelle Faktoren wurde für die Höhe der Wahlbeteiligung, den Anteil linker Parteien an der Regierung sowie den Proportionalitätsgrad des Wahlsystems eines Landes kontrolliert.³

Die Mitte macht’s! – neue Resultate

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse des Versuchs, den Einfluss von Einkommensungleichheit auf herkömmliche, ausgabenbasierte Indikatoren von Umverteilung mit Hilfe eines Fixed-Effects Modells zu schätzen. Die Resultate für den Gini-Koeffizienten sind weit entfernt davon, statistisch signifikant zu sein. Dies gilt unabhängig davon, ob wir Umverteilung anhand der gesamten staatlichen Sozialausgaben oder nur jener für Arbeitslosigkeit messen. Ähnlich ernüchternd sind die Resultate, wenn wir Ungleichheit aufschlüsseln in die Differenz von unteren oder oberen und mittleren Einkommen. Stattdessen zeigen die Ergebnisse, dass bei steigender Ungleichheit zwischen den einkommenschwächsten 10% und den mittleren Einkommen die Sozialausgaben sinken. Dieses Ergebnis lässt eine Versicherungslogik à la Moene/Wallerstein (2001) vermuten, welche dem Meltzer-Richard-Modell widerspricht. Es ist

³ Für eine genauere Beschreibung der einzelnen Variablen und ökonomischen Vorgehensweisen siehe Mohl/Pamp 2009.

Tabelle 1: Einfluss von Ungleichheit auf Sozialausgaben und auf Ausgaben für Arbeitslosigkeit

	(1) Sozialausgaben %BIP	(2) Sozialausgaben %BIP	(3) Ausgaben Arbeitslosigkeit % BIP	(4) Ausgaben Arbeitslosigkeit % BIP
Gini (t-1)	1.795 (13.63)		-1.414 (1.813)	
P90/50 (t-1)		-0.208 (2.372)		-0.171 (0.368)
P50/10 (t-1)		-0.0359** (0.0173)		-0.00350 (0.00233)
BIP Wachstum (t)	0.240 (0.425)	0.425 (0.397)	-0.000225 (0.0416)	0.0107 (0.0431)
Arbeitslosenquote (t)	0.533*** (0.150)	0.566*** (0.139)	0.244*** (0.0215)	0.251*** (0.0232)
Bevölkerung>65 (t)	-5.258 (52.62)	13.00 (50.17)	-3.461 (6.846)	-3.636 (6.439)
Wahbeteiligung (t)	-0.209 (0.149)	-0.255* (0.147)	0.00217 (0.0128)	-0.00507 (0.0140)
Anteil linker Parteien Regierung(t)	-0.0262** (0.0111)	-0.0332*** (0.0110)	0.00178 (0.00143)	0.00132 (0.00162)
Disproportionalität Wahlsystem (t)	0.0284 (0.168)	-0.00188 (0.167)	-0.0171 (0.0223)	-0.0236 (0.0237)
N	70	70	72	72
R ²	0.728	0.745	0.730	0.738
WT AR (1) (p-Wert)	0.00307	0.00508	0.00262	0.00574

Bemerkungen: Fixed-Effects Schätzungen mit Time-Dummies (falls durch Wald-Test angezeigt) und Huber-White- oder heteroskedastizitäts- und autokorrelationskonsistenten Standardfehlern (abhängig von Wooldridge Test) in Klammern. *** signifikant auf dem 1% Niveau; ** signifikant auf dem 5% Niveau, * signifikant auf dem 10% Niveau.

jedoch, wie bereits erwähnt, sehr zu bezweifeln, ob Ausgabenindikatoren ein valides Maß für staatliche Umverteilung darstellen.

Wenn man nun die Differenz von Faktor- und verfügbarem Einkommen als Maß für tatsächliche Umverteilung heranzieht, ändert sich das Bild erheblich. *Tabelle 2* präsentiert die Ergebnisse bezogen auf die Umverteilung zugunsten der untersten 10% der Einkommensskala, der Mittelschicht (definiert als jene Einkommen zwischen dem 2. und 8. Dezil) und der obersten 10%. Die statistisch signifikanten Parameterschätzungen für „Sharegain Mittelschicht“ (positiv), „Sharegain unterste 10“ und „Sharegain oberste 10“ (beide negativ) legen nahe, dass bei einem Anstieg der Gesamtungleichheit (Gini) die Mitte massiv von einer Zunahme der Umverteilung zu ihrem Gunsten profitiert, während die Ränder die Verteilungsverlierer sind. Politisch relevant scheint dabei vor allem der Unterschied zwischen mittleren Einkommen und den Spitzenverdienern zu sein. Wenn diese Differenz zunimmt, erhöht sich die Umverteilung zur Mitte hin. Bemerkenswert ist, dass der Unterschied zwischen mittleren Einkommen und untersten 10% nie signifikant wird. Dies lässt vermuten, dass die Einkommenslage der Schlechtverdiener politisch nicht relevant ist. Im Gegensatz dazu scheint Umverteilungspolitik auf die Mittelschicht fokussiert zu sein und diese scheint in ihren Umvertei-

lungspräferenzen vor allem auf den Abstand zu den hohen Einkommensbeziehern zu reagieren.

Als aufschlussreiche Randnotiz lässt sich darüber hinaus erwähnen, dass die Parameter für das BIP-Wachstum insinuiert, dass eine allgemeine Zunahme des Volkseinkommens ceteris paribus die Umverteilung zur Mitte hin reduziert und zu den Topverdienern hin erhöht. Dies liegt an der Progressivität und den

Abschreibungsmöglichkeiten in den Steuer- und Abgabesystemen, welche mittlere Einkommen zu benachteiligen scheinen.

Die hier vorgestellten Ergebnisse zeichnen sich durch eine hohe Stabilität aus. Im Rahmen einer ganzen Reihe von Robustheitstests wurde eine große Anzahl unterschiedlichster Schätzer und alternativer Kontrollvariablen (z. B. Regimetyp, Föderalismus, ökonomische Offenheit) getestet, die möglicherweise verzerrende Wirkung einiger weniger statistischer Ausreißer ausgeschlossen (Jackknife Test) sowie für mögliche Endogenitätsprobleme kontrolliert (System-GMM-Schätzungen). Es hat sich übrigens auch in allen Schätzungen gezeigt, dass die Differenz zwischen Median- und Durchschnittsverdiener nicht erklärungskräftig ist (siehe Mohl/Pamp 2009). Wir haben diesen Quotienten für alle Beobachtungspunkte aus den LIS-Daten errechnet und eine entsprechende Variable kreiert, welche jedoch nie signifikant war. Die im Meltzer-Richard-Modell postulierte Relevanz des Medianeinkommens ließ sich somit empirisch nicht direkt nachweisen. Vielmehr legen die obigen Resultate nahe, dass es die breite Mittelschicht ist, die politisch relevant ist.

Zusammenfassung und abschließende Bemerkungen

Die Eindeutigkeit und statistische Robustheit der hier vorgestellten Resultate ist durchaus überraschend,

Tabelle 2: Einfluss von Ungleichheit auf Differenz von Faktor- und verfügbarem Einkommen

	(1) Sharegain Unterste 10%	(2) Sharegain Unterste 10%	(5) Sharegain Mittelschicht 20-80	(6) Sharegain Mittelschicht 20-80	(9) Sharegain Oberste 10%	(10) Sharegain Oberste 10%
Gini (t-1)	-3.655*** (1.407)		16.70*** (5.298)		-12.04*** (3.173)	
P90/50 (t-1)		-0.406 (0.252)		2.095* (1.115)		-1.767** (0.758)
P50/10 (t-1)		-0.00247 (0.00191)		0.00492 (0.00716)		-0.00381 (0.00570)
BIP Wachstum (t)	0.0324 (0.0392)	0.0323 (0.0438)	-0.445*** (0.121)	-0.409*** (0.144)	0.318*** (0.0823)	0.307*** (0.0927)
Arbeitslosenquote (t)	-0.0105 (0.0257)	-0.00910 (0.0263)	0.167* (0.0834)	0.176** (0.0823)	-0.0696 (0.0521)	-0.0698 (0.0550)
Bevölkerung>65 (t)	-5.542 (7.184)	-8.063 (7.276)	27.14 (19.33)	40.75** (18.84)	-2.086 (11.48)	-8.834 (11.87)
Wahbeteiligung (t)	-0.0186 (0.0200)	-0.0236 (0.0207)	-0.0103 (0.0491)	7.04e-06 (0.0460)	0.0205 (0.0353)	0.0142 (0.0365)
Anteil linker Parteien Regierung(t)	0.000417 (0.00139)	0.000282 (0.00149)	0.000173 (0.00473)	-0.000670 (0.00520)	-0.00355 (0.00298)	-0.00309 (0.00380)
Disproportionalität Wahlsystem (t)	0.0227 (0.0286)	0.0214 (0.0288)	0.00563 (0.0741)	0.0114 (0.0763)	-0.0549 (0.0486)	-0.0635 (0.0499)
N	73	73	77	73	77	77
R ²	0.237	0.212	0.654	0.605	0.598	0.550
WT AR (1) (p-Wert)	0.278	0.195	0.116	0.0415	0.212	0.105

Bemerkungen: Fixed-Effects Schätzungen mit Time-Dummies (falls durch Wald-Test angezeigt) und Huber-White- oder heteroskedastizitäts- und autokorrelationskonsistenten Standardfehlern (abhängig von Wooldridge Test) in Klammern. *** signifikant auf dem 1% Niveau; ** signifikant auf dem 5% Niveau, * signifikant auf dem 10% Niveau.

wenn man die große Varianz der bisherigen empirischen Ergebnisse in der Literatur bedenkt. Der Zusammenhang ist jedoch eindeutig: Umverteilung verläuft von den Rändern der Einkommensskala zur Mitte hin. Überraschend ist auch, dass vor allem der Einkommensunterschied zwischen mittleren und hohen Einkommen ausschlaggebend ist. Wenn man annimmt, dass Politik die Präferenzen der pivotalen Wähler eines gegebenen politischen Systems reflektiert, dann scheint die breite Mittelschicht entscheidend zu sein. Diese scheint weniger auf steigende Einkommensdifferenzen zwischen Geringverdienern und Mittelschicht zu reagieren, sondern vor allem den Abstand zu den Topverdienern im Auge zu haben. Salopp formuliert könnte man sagen, dass der „Neid-Faktor“ politisch relevanter ist als der „Mitleids-Faktor“.

Diese Schlussfolgerungen erklären allerdings keinesfalls erschöpfend den theoretischen Zusammenhang zwischen Veränderungen in der Einkommensungleichheit und der Reaktion von Umverteilungspolitik darauf. Da Länder unterschiedlich stark auf Änderungen in der Ungleichheit reagieren, spielen politisch-institutionelle Faktoren höchst wahrscheinlich eine wichtige Rolle. Die Vermutung liegt nahe, dass beispielsweise die Proportionalität des Wahlsystems einen großen Einfluss auf die Aggregation individueller Umverteilungspräferenzen hat und sich systematische Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern somit erklären lassen. Die Interaktion zwischen Wahlsystem und Ungleichheitsdynamiken steht daher im Fokus unserer weiteren theoretischen und empirischen Arbeit.

Literatur

- Bénabou, Roland; Ok, Efe, 2001: „Social Mobility and the Demand for Redistribution: The POUM Hypothesis“, *The Quarterly Journal of Economics* 116 (2): 447-487.
- Borck, Rainald, 2007: „Voting, Inequality and Redistribution“, *Journal of Economic Surveys* 21 (1): 90-109.
- Deininger, Klaus; Squire, Lin, 1996: „A New Data Set Measuring Income Inequality“, *The World Bank Economic Review* 10: 565–591.
- Iversen, Torben; Soskice, David, 2006: „Electoral Institutions and the Politics of Coalitions: Why Some Democracies Redistribute More Than Others“, *American Political Science Review* 100 (2): 165-181.
- Dixit, Avinash; Londregan, John, 1998: „Ideology, Tactics, and Efficiency in Redistributive Politics“, *Quarterly Journal of Economics* 113: 497-529.
- Meltzer, Allan; Richard, Scott, 1981: „A Rational Theory of the Size of Government“, *Journal of Political Economy* 89: 914-927.
- Moene, Karl; Wallerstein, Michael, 2001: „Inequality, Social Insurance, and Redistribution“, *American Political Science Review* 95 (4): 859-874.
- Mohl, Philipp; Pamp, Oliver, 2009: „Income Inequality and Redistributive Spending: An Empirical Investigation of Competing Theories“, *Public Finance and Management* (forthcoming).
- Persson, Torsten; Tabellini, Guido, 2003: *The Economic Effects of Constitutions*. MIT Press.
- Romer, Thomas, 1975: „Individual Welfare, Majority Voting, and the Prosperities of a Linear Income Tax“, *Journal of Public Economics*, 4: 163-185.
- Sinn, Hans-Werner, 2000: „Why a Funded Pension System Is Useful and Why It Is Not Useful“, *International Tax and Public Finance* 7: 389–410.
- UNU-WIDER, 2005: World Income Inequality Database, Version 2.0a. Helsinki, Finland: UNU/WIDER

Oliver Pamp
Telefon: 0421/218-4398
oliver.pamp@zes.uni-bremen.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Zentrum für Sozialpolitik · Universität Bremen
Barkhof, Parkallee 39 · 28209 Bremen

Redaktion: Dipl.-Soz. Gisela Hegemann-Mahlting

Gestaltung: Wolfgang Zimmermann, Sonja Rose

Sekretariat: Sonja Rose
Tel.: 0421/218-4362 · Fax: 0421/218-7540
srose@zes.uni-bremen.de

Auflage: 600

erscheint zweimal jährlich · ISSN-Nr. 1619-8115